

INHALT

1. Günther: Alheit hat immer noch nicht verstanden, worum es geht
2. Deutlich mehr Wohnungseinbrüche in Schleswig-Holstein
3. Umsätze in Industriebetrieben Schleswig-Holsteins stark rückläufig
4. CDU-Frauenpower gegen Gewalt an Frauen
5. Schleswig-Holstein und Hamburg verhandeln über Zusammenlegung von Gefangenen
6. Neue Runde im Streit um Lang-LKW
7. Raumnot bei Agrarwissenschaftlern

27.11.2015

Günther: Alheit hat immer noch nicht verstanden, worum es geht **Sozialministerin präsentiert Medienvertretern Gutachten zum Friesenhof**

Am Montag vernimmt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss erste Zeugen zum Friesenhof-Skandal. Sozialministerin Kristin Alheit hat als Betroffene ausdrücklich auf ihr Recht verzichtet, vorher zur Sache auszusagen.

Stattdessen präsentierte sie heute Medienvertretern ein von ihr im Sommer in Auftrag gegebenes externes Gutachten, das dem Untersuchungsausschuss noch nicht vorliegt. Der Gutachter kommt nach dem Studium der durch das Ministerium gelieferten Akten zu dem Ergebnis, dass kein Versagen der Heimaufsicht Schleswig-Holstein und auch kein Versagen der Ministerin vorliegt.

„Frau Alheit hat immer noch nicht begriffen, dass die Verantwortung einer Sozialministerin über juristische Fragen hinaus geht. Sonst würde sie sich nicht am letzten Arbeitstag vor der ersten Zeugenbefragung von Gutachtern hinter verschlossenen Türen bescheinigen lassen, juristisch alles richtig gemacht zu haben“, erklärte dazu CDU-Fraktionschef Daniel Günther in Kiel.

Rechtliche Rahmenbedingungen seien jedoch nur eine Seite der Medaille. Viel wichtiger sei, dafür zu sorgen, dass solche Vorgänge sich auch unter den derzeitigen Bedingungen nicht wiederholen können. Einen Beitrag zur Aufklärung dieser Missstände wolle Alheit offenbar nicht leisten. Ihr gehe es nur darum, sich selbst ein rechtlich nicht angreifbares Verhalten bescheinigen zu lassen.

„Wenn einer Ministerin von einem Professor zu einer verbesserten und strukturierten Aktenführung geraten werden muss, ist offensichtlich sehr viel falsch gelaufen. Mit ihrer rein juristischen Sichtweise lehnt Alheit als dienstaufsichtführende Ministerin jedoch faktisch die

Verantwortung für die Zustände am Friesenhof ab. Politische Verantwortung steht jedoch in keinem Gesetz. Die übernimmt man mit dem Amt“, sagte Günther.

Darüber hinaus werfe es ein schlechtes Licht auf die Ministerin, wenn sie im PUA als Betroffene auf ihr Recht zur Sachaussage vor der ersten Zeugenaussage verzichte und gleichzeitig Hintergrundgespräche zur Sache mit Medienvertretern abhalte. Das Gutachten sei offenkundig erst in Auftrag gegeben worden, nachdem die Gründung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses angekündigt worden war.

„Da war der Skandal am Friesenhof seit Monaten öffentlich. Ministerin Alheit hat angekündigt, im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung beizutragen. Bislang ist sie davon weit entfernt“, so Günther.



CDU-Fraktionschef, Daniel Günther

Deutlich mehr Wohnungseinbrüche in Schleswig-Holstein CDU fordert Schwerpunktsetzung bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität



Dr. Axel Bernstein, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU angesichts einer überdurchschnittlich hohen Einbruchskriminalität in Schleswig-Holstein Maßnahmen zu deren Bekämpfung gefordert. Rund 7500 Wohnungseinbrüche wurden 2014 erfasst – durchschnittlich 144 pro Woche.

Laut Medienberichten sind 2015 die Einbruchszahlen noch einmal deutlich gestiegen: Allein

vom 16. bis 22. November waren es 307, der höchste Wochenwert seit vier Jahren. Nach Angaben eines Polizeisprechers lagen die Fallzahlen in diesem Jahr mit Ausnahme des Januars in jedem Monat höher als in den vergangenen drei Jahren. Auch der übliche Rückgang in den Sommermonaten blieb aus.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, bezeichnete den massiven Anstieg als leider vorhersehbar. Er forderte die Landesregierung auf, durch eine Umstrukturierung der Besonderen Aufbauorganisation das nötige Personal für die Einbruchsbekämpfung abzustellen:

„Die CDU hat angesichts der Stellenkürzungen bei der Polizei vor genau dieser Entwicklung gewarnt. Die Regierungsfaktionen haben uns über Jahre Panikmache und Populismus vorgeworfen. Jetzt werden SPD, Grüne und SSW von der Realität eingeholt. Leidtragende ihrer Politik sind die Einbruchsoffer“, erklärte Bernstein. Er forderte die Landesregierung auf, Polizeikräfte nicht länger zum Bettentragen und für weitere polizeifremde Aufgaben einzusetzen.

Viele der durch die Besondere Aufbauorganisation verrichteten Aufgaben könnten durch andere Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – oder zum Teil durch die Flüchtlinge selbst – geleistet werden.

„Die Polizei muss sich auf das Wesentliche konzentrieren. Und das ist in der dunklen Jahreszeit die Einbruchsbekämpfung“, so Bernstein.

Umsätze in Industriebetrieben Schleswig-Holsteins stark rückläufig **CDU: Industriepolitischer Kongress ist eine Selbstinszenierung der Landesregierung**



Johannes Callsen, CDU-Wirtschaftsexperte

In dieser Woche hatte Ministerpräsident Torsten Albig 250 Gäste nach Büdelsdorf zu einem „industriepolitischen Kongress“ eingeladen. In diesem Rahmen wurde eine „industriepolitische Strategie“ öffentlichkeitswirksam unterzeichnet.

Am Tag zuvor hatte das Statistikamt Nord gemeldet, dass die Umsätze der größeren Industriebetriebe in Schleswig-Holstein in den ersten drei Quartalen dieses Jahres stark rückläufig sind. Im Vergleich zum Jahr 2014 sanken sie um neun Prozent auf 24,0 Milliarden Euro.

CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen sprach vor diesem Hintergrund von einem Alarmsignal. Angesichts der Inhaltsleere der „Strategie“ bezeichnete er den Kongress als groß inszenierte Nullnummer.

„Der Kongress sorgt nur für schöne neue Fotos. Mehr wollen Albig und seine Regierungsmannschaft auch nicht erreichen. Sonst hätten sie die vergangenen drei Jahre genutzt, um sich in entscheidenden Fragen zu einigen“, sagte Callsen in Kiel. Das Papier treffe offensichtlich aufgrund der Uneinigkeit zwischen SPD, Grünen und SSW zu entscheidenden Standortfaktoren keine Aussagen.

So würden weiterhin klare Äußerung zur A20, zur westlichen Elbquerung oder auch zum Bürokratieabbau und der Innovationsförderung fehlen. Stattdessen würden erneut butterweiche Allgemeinplätze zu Papier gebracht.

Link zur Meldung des Statistikamtes:

<http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/industrie-in-schleswig-holstein-in-den-ersten-drei-quartalen-2015/>

CDU-Frauenpower gegen Gewalt an Frauen

Aktionsstunde zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen



Katja Rathje-Hoffmann und Petra Nicolaisen während der Aktionsstunde

Am Donnerstag (25. November 2015) war der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen und Mädchen. Aus diesem Anlass organisierten die frauenpolitischen Sprecherinnen der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, und ihre Kollegin Anita Klahn von der FDP eine Aktionsstunde. Unter dem Motto „Nicht mit mir! Gewalt Grenzen setzen“ zeigte der KSH-WingTsun Meister Markus Waßmann verschiedene Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungstechniken.

„Jede vierte Frau ist leider immer noch von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Selbstbewusste Frauen können sich besser wehren. Darauf wollen wir aufmerksam machen“, sagte Rathje-Hoffmann.

Ohne Voranmeldung konnten Interessierte an der Aktion im Foyer vor dem Plenarsaal teilnehmen und sich einige Tricks aneignen. Auch die kommunalpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Petra Nicolaisen ließ sich das nicht entgehen.

Etwa 37 Prozent aller Frauen in Deutschland zwischen 16 und 85 Jahren sind mindestens

einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher Gewalt. Im Jahr 2007 wurde ein Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von der Bundesregierung verabschiedet. Darin sind über 130 Maßnahmen gegen jegliche Form von Übergriffen festgeschrieben.

Schleswig-Holstein und Hamburg verhandeln über Zusammenlegung von Gefangenen Ostmeier kritisiert mangelnde Zielvorgaben der Ministerin

Hamburg und Schleswig-Holstein verhandeln – laut Regierungsangaben „auf Arbeitsebene“ - über eine engere Zusammenarbeit im Justizvollzug. Laut mehreren Medienberichten ist geplant, die einzige Frauenabteilung in Schleswig-Holstein in Lübeck zu schließen und deren Insassen nach Hamburg zu verlegen. Im Gegenzug könnte Hamburg den Jugendvollzug nach Schleswig-Holstein abgeben.

Die justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Barbara Ostmeier, hat die Verhandlungen in dieser Woche kritisiert. "Frauen und Jugendliche sind die Tätergruppen mit den besten Chancen bei der Resozialisierung. Voraussetzung ist allerdings die Aufrechterhaltung ihrer familiären Kontakte. Und ausgerechnet diese beiden Gruppen will Frau Spoorendonk nun quer durchs Land fahren", so Ostmeier.

Sie erinnerte daran, dass es seit 1956 über einen Staatsvertrag eine sehr weitgehende Kooperation im Justizvollzug zwischen den beiden Bundesländern gegeben habe. Diese sei Mitte der 90er Jahre ausdrücklich aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Resozialisierung der Häftlinge im Wesentlichen eingestellt worden.

Die Entscheidung über eine Abschiebung der Verantwortung für weibliche Gefangene in ein anderes Bundesland dürfe nicht hinter verschlossenen Türen fallen. Besonders besorgt zeigte sich die Justizexpertin über unterschiedliche Aussagen des Hamburger Senates und der Landesregierung. Aus Hamburger Sicht sind die Verhandlungen sehr weit fortgeschritten. Die Ministerin hatte kürzlich auf eine Frage der CDU-Fraktion hin im Innen- und Rechtsausschuss gesagt, es fänden lediglich „auf Fachebene“ Gespräche statt.

„Ministerin Spoorendonk hat im Ausschuss den Eindruck erweckt, als ob die Gespräche von Seiten Schleswig-Holsteins ohne Zielvorgabe geführt werden. Das darf doch wohl nicht wahr sein“, so die CDU-Abgeordnete. Eine Kooperation könne für Schleswig-Holstein nur in Frage kommen, wenn dies zu qualitativen Verbesserungen im Vollzug führe.



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Neue Runde im Streit um Lang-LKW

Verkehrsminister Reinhard Meyer sieht Feldversuch positiv

Nach einer Veranstaltung der Logistikinitiative Schleswig-Holstein zum Thema Lang-LKW hat die oppositionelle CDU-Fraktion Verkehrsminister Reinhard Meyer Unterstützung zugesichert. Dieser hatte deutlich gemacht, dass er mit einem positiven Ausgang des laufenden - wissenschaftlich begleiteten - Feldversuches rechne. Es gebe offenbar keine Auffälligkeiten bei der Sicherheit. Ökonomisch spreche vieles für den Lang-LKW und die Ökobilanz stimme ebenfalls. Zwar sei im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW die Einführung abgelehnt worden. „Wenn der Bund aber entscheidet, dass wir in den Regelbetrieb gehen, halte ich es für vertretbar, daran teilzunehmen. Ich werde dies befürworten“, sagte Meyer. Allerdings gebe es ein Akzeptanzproblem, mit dem die Regierung umgehen müsse. „Es braucht Aufklärung“, so der Minister.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp griff den Ball sofort auf. „Die Lang-LKW sind auf den betroffenen Strecken sicher unterwegs. Sie sparen Sprit und bringen weniger Druck auf die Straße. In seinem Ziel, bestehende Akzeptanzprobleme durch Aufklärungsarbeit zu überwinden hat Meyer die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion“, erklärte er in Kiel. Bereits in der kommenden Landtagssitzung erwarte die CDU deshalb einen Bericht des Ministers über die beabsichtigte Kampagne.

Nachdem SPD, Grüne und SSW im Land über Jahre durch Falschinformationen Ängste vor den Lang-LKW geschürt hätten, werde die Aufklärungsarbeit nicht einfach sein. Um so wichtiger sei eine klare Positionierung der Landesregierung in dieser Frage. „Ich wünsche Minister Meyer viel Erfolg bei der Überwindung der Akzeptanzprobleme“, so Arp.

Der Grüne Abgeordnete Andreas Tietze zeigte sogleich, wie groß diese Probleme tatsächlich sind. Er zitierte öffentlich die Ablehnung der Lang-LKW im Koalitionsvertrag. Und er machte unmissverständlich deutlich, dass der Ausgang des Feldversuches an der Ablehnung der Grünen nichts ändern wird. Der Auswertung sehe er gelassen entgegen. Außerdem sei sie nicht repräsentativ.

Arp: „Die Grünen beweisen endgültig, dass bei ihnen jedes Gutachten überflüssig ist. Sie erkennen Studien sowieso nur an, wenn diese ihre Ideologie bestätigen.“



Hans-Jörn Arp, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Raumnot bei Agrarwissenschaftlern Fraktion informiert sich an der Fachhochschule Kiel



Der Fraktionsarbeitskreis Agrar, Fraktionschef Daniel Günther und der Fachbereich Agrarwirtschaft der FH Kiel

Zusammen mit den Mitgliedern des Fraktionsarbeitskreises Agrar - unter Leitung des Abgeordneten Heiner Rickers - besuchte der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, den Fachbereich Agrarwirtschaft der FH Kiel in Osterrönfeld.

Dort studieren aktuell 480 Studenten bei 13 Professoren und 24 Lehrbeauftragten, sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudiengang. Dabei waren die Gebäude des Fachbereiches in den 70er Jahren für lediglich 250 Studenten geplant.

Nach einem Rundgang, bei dem sich die Abgeordneten von der angespannten räumlichen Situation überzeugen konnten, folgte ein reger Gedankenaustausch mit den Professoren Dr. Urban Hellmuth, Dr. Falk Mißfeldt und Dr. Holger Thiele unter Leitung des Dekans des Fachbereiches, Prof. Dr. Martin Braatz.

Diskussionsschwerpunkte waren die Situation in der Agrarwirtschaft und ihre Perspektiven - besonders für Berufsanfänger, nachhaltigkeitsrelevante Aspekte in der Tierhaltung und die aktuell angespannte Situation in der Milchwirtschaft.

„Wir sind beeindruckt von der Qualität der Ausbildung und der hohen Motivation des Lehrkörpers am Standort Osterrönfeld und können nur begrüßen, dass sich die räumliche Not durch Erweiterungsbauten 2017 endlich entschärfen soll“, bilanzierte Günther abschließend.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de